

Wahlauf Ruf
zur Landtagswahl 1962
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Besser regieren – weniger Staat“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Dortmund am 30. März 1962)

Besser regieren weniger Staat

**Aufruf
der Freien Demokratischen
Partei
zur Landtagswahl
in Nordrhein-Westfalen
am 8. Juli 1962**



FDP



D1-1022

DIE FREIHEIT IST IN GEFAHR !

Ihre ständige Bedrohung zeigt sich nicht nur in der Weltpolitik. Auch in der Landespolitik wird der freiheitliche Geist eingeengt. Eine moderne und gesunde Entwicklung wird durch die restaurative Politik der CDU verhindert.

Diese Politik wird weitgehend von der SPD durch ihr Verhalten unterstützt.

Diese Gefahr gilt es zu erkennen. Fortschrittliche Lösungen verlangen das Mitwirken liberaler Kräfte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in unserem Lande.

Freies Volk

Die Freiheit unseres Volkes wird vor allem in der geistigen Auseinandersetzung errungen. Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung müssen sich frei entwickeln können.

Eine freiheitliche Kulturpolitik setzt eine tolerante Geisteshaltung voraus. Über allem steht die Verantwortung für die Gemeinschaft.

Den Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften ist die Freiheit der religiösen Verkündigung, ihres seelsorgerischen Wirkens und ihrer karitativen Tätigkeit garantiert.

Wir Freien Demokraten sind daher:

- für die Partnerschaft von Kirche und Staat in voller Würdigung der verschiedenen Aufgaben;
- gegen die Einmischung der Kirchen in die Parteipolitik.

Die Jugend soll zum Gemeinschaftsbewußtsein und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen erzogen werden. Deshalb streben die Freien Demokraten die christliche Gemeinschaftsschule an.

Um der Freiheit des Gewissens willen entspricht die FDP dem Wunsch der Eltern nach Bekenntnisschule. Das darf aber nicht zur Gewissensbelastung konfessioneller Minderheiten oder zur Bildung von Zwergschulen führen.

Dem bestehenden Schulwirrwarr in den Bundesländern ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Jeder Schüler muß seine Fähigkeiten nach seiner Begabung entwickeln können.

Wir Freien Demokraten verlangen daher:

- einen organischen Aufbau des Schulwesens, der dem Erziehungs- und Leistungsauftrag der Schule entspricht;
- Ausbau des zweiten Bildungsweges, der junge Menschen unabhängig von ihrer schulischen Vorbildung zur Hochschulreife führt;
- mehr Modell- und Versuchsschulen zur Erprobung pädagogisch notwendiger Reformen, um die allgemeinen Schulen nicht zum Experimentierfeld zu machen;
- Förderung von zentralen Schulen zur Verbesserung des ländlichen Schulwesens;
- Ausbau der berufsbildenden Schulen mit dem Ziele, neben der fachlichen Ausbildung die Erziehung zum Staatsbürger und zur Persönlichkeit weiterzuführen;
- Begrenzung der staatlichen Finanzierung von Privatschulen, um deren Charakter zu erhalten und das öffentliche Schulwesen nicht auszuhöhlen;
- Schluß mit der zunehmenden Konfessionalisierung des Schulwesens und Ablehnung aller Versuche, diese Entwicklung auch auf die Universitäten auszudehnen;
- Beseitigung der Schulraumnot, Herabsetzung der Klassenstärken, mehr Turnhallen, mehr Lehrschwimmbecken;
- ein Lehrerbildungsgesetz, das ein Studium aller Lehrer an Hochschulen sicherstellt;
- nachdrückliche Förderung der Erwachsenenbildung.

Wissenschaft und Forschung sind in besonderer Weise zu fördern. Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Selbstverwaltung der deutschen Universitäten sind zu wahren. Zugleich aber sind die notwendigen Reformbestrebungen nach den Vorschlägen des Wissenschaftsrates tatkräftig und großzügig zu fördern. Jahrelang wurden die Vorschläge der Freien Demokraten zur Errichtung einer neuen Hochschule in NRW abgelehnt und durch den Streit um den Standort immer wieder verschleppt. Die CDU-Regierung hat nichts getan, um den unerträglichen Mangel an Studienplätzen in unserem Lande zu beheben.

Wir Freien Demokraten verlangen daher:

- die bestehenden Universitäten sind großzügig und modern auszubauen;
- weitere Universitäten und Institute sind zu errichten;
- der Forschung sind ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um den wissenschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Stand unseres Volkes nicht absinken zu lassen und den Anschluß an andere Nationen wiederzugewinnen;
- das Auslandsstudium und der Austausch wissenschaftlicher Nachwuchskräfte sind nachdrücklich zu fördern;
- der Wohnungsnot der Studierenden ist durch den Bau von Wohnheimen und durch Förderungsmaßnahmen im allgemeinen Wohnungsbau zu begegnen;
- in allen begründeten Fällen sind Ausbildungsbeihilfen in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen.

Die Demokratie verlangt ein politisch mündiges Volk. Darum sind alle Bestrebungen zur Förderung des gesamtdeutschen Bewußtseins und der staatsbürgerlichen Gesinnung nachdrücklich zu unterstützen. Staatsbürgerkunde soll an allen Schulen ordentliches Lehrfach und an Gymnasien und Pädagogischen Hochschulen Prüfungsfach werden.

Wir Freien Demokraten lehnen jedoch alle Versuche entschieden ab, ein auf die Länder bezogenes Staatsbewußtsein durch Staatsgalerien, Staatstheater, Länderorden und Länderwappen künstlich zu züchten.

Kulturaufgaben, die eine einheitliche Regelung verlangen, sind auf Bundesebene zusammenzufassen.

Gesundes Volk

Jeder Bürger unseres Landes muß die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg und zu privater Vermögensbildung haben.

Nur wenn der Einzelne nicht aus eigener Kraft für sich und seine Familie sorgen und vorsorgen kann, muß die Sozialpolitik den Ausgleich herstellen.

Um Eigentum für alle zu schaffen, fordern wir Freien Demokraten neue Initiativen in der Bundes- und der Landesgesetzgebung zur

- Privatisierung des öffentlichen Erwerbsvermögens;
- Förderung der Belegschaftsaktie und der leistungsbezogenen Ertragsbeteiligung;
- Förderung des privaten Wohnungseigentums und des Eigenheimbaues.

Es muß geprüft werden, wie weit das industrielle Erwerbsvermögen des Landes und der Gemeinden in Privateigentum umgewandelt werden kann.

Durch die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung muß die Selbstverantwortung gefördert und die vorbeugende Gesundheitspflege ausgebaut werden.

Wir Freien Demokraten fordern:

- die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung hochqualifizierter Arbeiter mit den Angestellten;
- den Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes unter Berücksichtigung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
- Maßnahmen gegen körperliche und geistige Gefährdung bestimmter Gruppen (z. B. Jugendliche, Frauen, Heimarbeiter).

Wir Freien Demokraten treten für eine Neuordnung der Sozialversicherung und der Sozialhilfe nach dem Grundsatz ein, daß private Vorsorge und Eigenverantwortung den Vorrang vor staatlicher Versorgung und sozialer Pflichtversicherung haben müssen. In diesem Sinne sind auch die Pflichtversicherungen nur als eine Mindestvorsorge anzusehen. Höhe und Staffelung der Beitragssätze in gesetzlichen Rentenversicherungen müssen der Eigeninitiative Raum lassen.

Die Leistungen müssen beitragsbezogen sein. Deshalb fördern wir die Beseitigung der unsozialen und ungerechten Höchstrentenbestimmungen.

In der Kriegsoferversorgung muß in einer abschließenden Gesetzgebung an die Stelle des Bedürftigkeitsprinzips das Entschädigungsprinzip treten. Die Hauptentschädigung für die Vertriebenen und Ausgebombten muß beschleunigt ausbezahlt werden.

Stabilität der Währung und sozialer Frieden zwischen den Sozialpartnern auf der Grundlage der Marktwirtschaft und der Vertragsfreiheit sind die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen freiheitlicher Sozialpolitik. Die Lohnpolitik ist unter Aufrechterhaltung der Tarifhoheit der Sozialpartner zu versachlichen. Steuersystem und Sozialabgaben dürfen den Leistungslohn nicht zum Nachteil der Tüchtigen abschöpfen.

Der CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen ist es nicht gelungen, den Wohnungsfehlbestand in den Ballungsräumen wirksam abzubauen.

Wir Freien Demokraten fordern daher:

- gezielte Förderungsmaßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnotstände in den Ballungsräumen;
- Anpassung der Wohnungsbauförderung an das gegenwärtige Preis- und Mietgefüge;
- Entlastung der Gemeinden von unzumutbaren Finanzierungsbeiträgen.

Der CDU-Regierung ist es nicht gelungen, Landes-, Industrie- und Verkehrsplanung mit der Wohnungsbauförderung in Einklang zu bringen.

Daher fordern wir Freien Demokraten:

- Auflockerung der Ballungsgebiete;
- Sanierung des Altwohnungsbestandes;
- Abstimmung zwischen Landesplanung, Städtebau und Wohnungspolitik.

Wir Freien Demokraten fordern weiter:

- eine Bodenpolitik, die den Grundstückserwerb zu angemessenen Preisen ermöglicht;
- Beseitigung der Baulandsteuer;
- Aufhebung der Grunderwerbssteuer;
- steuerliche Erfassung unangemessener Gewinne aus Bodenspekulation;
- verstärkte Förderung des Wohneigentums;
- Sicherung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes;
- ein Bauvorlagegesetz, das zum Schutz des Bauherrn und im öffentlichen Interesse den Befähigungsnachweis der Architekten und Ingenieure fordert.

Die Steuern, die Bund, Länder und Gemeinden erheben, reichen aus, um die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Wir Freien Demokraten lehnen daher jegliche Steuererhöhung ab und fordern statt dessen:

- Reform der Steuergesetzgebung mit dem Ziel, für die mittleren Einkommen Ungerechtigkeiten der Einkommen- und Lohnsteuer zu beseitigen;
- schrittweisen Abbau der Gewerbesteuer;
- eine wettbewerbsneutrale Umsatzsteuer;
- einen Bedarfsdeckungsplan für einen längeren Zeitraum;
- eine Neuaufteilung der öffentlichen Aufgaben auf Bund, Länder und Gemeinden und eine gerechte Verteilung der Steuerquellen;
- Entlastung des Bundes, Stärkung der Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung;
- ein übersichtliches und für jeden Staatsbürger verständliches Steuersystem.

Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung ist ohne freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht denkbar. Die erfolgreiche Marktwirtschaft wurde von den Freien Demokraten 1949 zur Vorbedingung ihrer Regierungsbeteiligung gemacht und gegen den Widerstand maßgeblicher CDU-Kreise durchgesetzt. Die FDP ist gegen jeden staatlichen und planwirtschaftlichen Dirigismus, sie lehnt ihn auch in der Form der überbetrieblichen Mitbestimmung ab. Die wettbewerbsstarke Marktwirtschaft hat sich als leistungsfähig bewährt. Industrielle erwerbswirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand dürfen nicht unter Mißbrauch von Steuergeldern in unangemessene Konkurrenz zu mittelständischen Betrieben treten. Jede Aushöhlung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs durch technisch und betriebswirtschaftlich nicht notwendige Konzentration ist zu bekämpfen.

Die FDP fordert endlich eine aktive Politik auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, die gerade in unserem Lande ein entscheidender wirtschaftlicher und sozialer Faktor ist.

Das Land Nordrhein-Westfalen kann und darf nicht auf einen eigenen Energierohstoff, die Kohle, verzichten. Notwendige strukturelle Veränderungen müssen unterstützt und harmonisiert werden.

Die FDP fördert, die Kohle innerhalb marktwirtschaftlicher Grundsätze wettbewerbsfähig zu machen

- durch Rationalisierung und betriebliche Überprüfung in eigener Verantwortung,
- durch die Befreiung von Lasten, für die der Bergbau nicht verantwortlich ist.

Die FDP wünscht im übrigen die Eigenbewährung der Kohle unter echten Wettbewerbsbedingungen und die Verhinderung jeglicher Art von Energie monopolen. Das Ziel der Energiepolitik muß die preisgünstigste und langfristige Sicherung des Energiebedarfs in unserem Lande sein.

Die deutsche Agrarpolitik steht an einem Wendepunkt. Die CDU hat in der Zeit ihrer Alleinherrschaft agrarpolitisch viele Fehler gemacht. Das Ziel des Landwirtschaftsgesetzes wurde nicht erreicht. Die bisherige unzureichende Agrarpolitik, aber auch die Beschlüsse der Ministerratskonferenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erfordern daher eine gründliche Neuorientierung. Ohne die nachdrücklich vorgebrachten Forderungen der FDP hätte in Brüssel nicht so hart verhandelt werden können; dennoch war nicht zu verhindern, daß der deutschen Landwirtschaft neue Belastungen aufgebürdet wurden.

Wir Freien Demokraten werden daher auch weiterhin für eine neue agrarpolitische Konzeption eintreten, deren Ziel es sein muß:

- auch im gemeinsamen Europäischen Markt die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu gewährleisten;
- die Interessen der Verbraucher zu wahren;
- den Anschluß des bäuerlichen Familienbetriebes an die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung als ein Gebot sozialer Gerechtigkeit zu sichern;
- dem ordnungsgemäß bewirtschafteten Hof einen kostendeckenden Preis zu garantieren.

Die Agrarpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen muß dieser Entwicklung angepaßt werden. Eile tut not! In acht Jahren muß die Anpassung der deutschen Landwirtschaft an die westeuropäischen Verhältnisse vollzogen sein. Dabei wird die FDP nach wie vor von dem Grundsatz ausgehen:

EIN GESUNDES VOLK BRAUCHT EIN GESUNDES BAUERNTUM!

Die steigenden Belastungen im modernen Leben machen es erforderlich, gesundheitliche Gesichtspunkte mehr als bisher zu beachten. Verstärkt sind daher zu fördern:

- die vorbeugende Gesundheitspflege und die Gesundheitserziehung;
- der Ausbau des schulärztlichen Dienstes;
- gezielte Gruppenuntersuchungen besonders gefährdeter Berufs- und Altersgruppen.

Vordringlicher als eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit erscheint unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung die Verlängerung des Jahresurlaubs für alle Arbeitnehmer.

Die Entwicklung der Technik macht energische Maßnahmen notwendig, um gesunde Umweltsbedingungen gerade in den industriellen Ballungszentren unseres Landes zu schaffen und zu erhalten.

Wir Freien Demokraten fordern daher:

- Maßnahmen gegen die Verunreinigung von Luft und Wasser;
- Bekämpfung des Verkehrs- und Industrielärms mit allen technischen Mitteln;
- Freihaltung von Grün- und Erholungszonen von jeder technischen und industriellen Einwirkung.

Bessere organisatorische Voraussetzungen zur Abwendung und Bekämpfung von Seuchengefahren sind zu schaffen und durch öffentliche Aufklärung zu unterstützen.

Ausbau und Modernisierung der Kranken- und Pflegeanstalten sind nur durch planmäßigen Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel möglich.

Wir Freien Demokraten fordern:

- Nachsorgekliniken, Alters- und Pflegeheime zur Behebung des Bettenmangels in den Krankenanstalten sowie Alterswohnungen und schnell erreichbare Kinderstationen;
- für Ärzte im Krankenhauswesen wesentlich mehr Lebensstellungen mit beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten;
- entscheidende Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Pflegepersonen.

Der Förderung und dem Ausbau der Ausbildungsstätten für alle Heilberufe muß die besondere Aufmerksamkeit der Landesregierung gelten. Die unrationelle und kostspielige Zersplitterung der Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Gesundheitswesens in unserem Lande kann nicht länger hingenommen werden. Entsprechende organisatorische Voraussetzungen sind von der Landesregierung umgehend zu treffen.

Unsere alten Menschen haben Anspruch auf einen würdigen Lebensabend. Deshalb ist der Bau von Altenwohnungen und von modernen und nicht zu großen Altenheimen innerhalb der Wohnviertel zu fördern. Auch die Altenheime müssen Raum und Möglichkeit zu eigener Lebensgestaltung bieten. Die alten Menschen sollen am kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben weiterhin teilhaben können.

Modernes Volk

Die Jugend von heute trägt den Staat von morgen. In der vom Leistungswillen bestimmten vielschichtigen Industriegesellschaft unserer Zeit kommt der richtigen Berufswahl eine entscheidende Bedeutung zu.

Der junge Mensch soll einen Beruf ausüben, der seinen Neigungen und seiner Veranlagung entspricht und ihm hilft, sich seiner Persönlichkeit bewußt zu werden. Wir Freien Demokraten fordern daher:

- die Berufsberatung hat die Jugendlichen und ihre Eltern über Berufsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und ihren Organisationen aufzuklären;
- die staatsbürgerliche Bildungsarbeit an den Berufsschulen ist zu verstärken. Eine Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens soll die Jugendlichen schon früh mit den vorhandenen Fortbildungsmöglichkeiten allgemeiner und fachlicher Art vertraut machen;
- der Gedankenaustausch und das Streben nach neuen gesellschaftlichen Formen ist durch den Bau von Begegnungsstätten und Heimen der offenen Tür zu fördern;
- einseitige Begünstigung bestimmter Organisationen auf dem Gebiet der Jugendhilfe ist abzulehnen;
- eine angemessene Entlohnung ist eine wesentliche Voraussetzung zur Gewinnung geeigneter Kräfte für die schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit in der Jugendhilfe.

Jugendförderung schließt eine wirkungsvolle Hilfe für die junge Familie ein. Wir Freien Demokraten fordern daher:

- Maßnahmen zur Erleichterung der Familiengründung;
- vermehrten Bau von Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendspielplätzen.

Die geistige und körperliche Gesunderhaltung unseres Volkes ist eine der wichtigsten Aufgaben. Eine wesentliche Voraussetzung ist die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend. Wir Freien Demokraten werden auch in Zukunft die Bemühungen um die Verwirklichung des „Goldenen Planes“ der Deutschen Olympischen Gesellschaft und des „Fünf-Jahres-Planes“ des Landessportbundes unterstützen.

Wir Freien Demokraten fordern daher:

- geeignete Übungsstätten einschließlich der Kinder- und Jugendspielflächen;
- einen der Bedeutung der Leibeserziehung entsprechenden Platz im Schulwesen und außerhalb der Schule;
- die tägliche Turn- und Sportstunde in der Schule;
- die sportpädagogische Pflichtausbildung aller Volksschullehrer.

Es wird dabei die Aufgabe der Schulärzte sein, dafür zu sorgen, daß Jugendliche nur solche Sportarten betreiben, die sich für sie eignen. Daher: jeder Schularzt zugleich ein Sportarzt! Für unsere moderne Gesellschaft sind Gesundheitserziehung, Gesundheitspflege und Gesundheitsvorsorge von großer Bedeutung. Der arbeitende Mensch soll gesund, leistungsfähig und lebensfroh bleiben.

Mit dem Vordringen der Technik wachsen die Verkehrsprobleme besonders in den dicht besiedelten Gebieten Nordrhein-Westfalens. Die Verkehrspolitik muß endlich für ein gutes Zusammenspiel von Verkehr und Wirtschaft und der verschiedenen Verkehrsträger untereinander sorgen. Oberstes Gebot ist die Verkehrssicherheit.

Wir Freien Demokraten fordern:

- die unverzügliche Ausarbeitung eines Generalverkehrsplanes für das Land Nordrhein-Westfalen;
- Verkehrsunterricht in allen Schulen und Maßnahmen zur Sicherung der Verkehrstüchtigkeit aller Verkehrsteilnehmer;
- gleiche Startbedingungen und gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für die öffentlichen und privaten Verkehrsträger;
- den vordringlichen Ausbau der innerstädtischen Verkehrswege und der Gemeindestraßen sowie Maßnahmen zur Entflechtung des Verkehrs mit Hilfe von Landes- und Bundesmitteln;
- den Bau von Parkflächen und Autohöfen für den Versorgungsverkehr, um die Behinderung des Verkehrsflusses durch parkende Fahrzeuge auf ein Mindestmaß zu beschränken;
- die Beseitigung niveaugleicher Kreuzungen von Schiene und Straße zur Verminderung der Unfallgefahr;
- eine Beschleunigung und Verbesserung des Berufsverkehrs, mit dem Ziel einer verlängerten Freizeit für die berufstätige Bevölkerung;

Das Schicksal dieses Landes wird heute noch von einer Partei bestimmt. Mit absoluter Mehrheit entscheidet sie allein, was geschehen und was unterbleiben soll.

Wir Freien Demokraten rufen die Wählerinnen und Wähler von Nordrhein-Westfalen auf, durch ihre Stimme am 8. Juli 1962 die Gleichschaltung der Verwaltung und alle einseitigen parteiischen Maßnahmen in Zukunft unmöglich zu machen.

Die FDP ist bereit, zur Durchführung dieser Ziele in der kommenden Landesregierung Verantwortung zu übernehmen.

**Je
stärker
FDP
Je
besser**